

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 102 (2011)
Heft: 11

Rubrik: Branche Panorama

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Projekt Lintthal 2015 – wichtige Bauetappen vollendet

Beim ambitionierten Ausbauprojekt «Lintthal 2015» des Kraftwerks Linth-Limmern hat die Axpo bedeutende Zwischenziele erreicht.

So konnte im Oktober das neue Ausgleichsbecken Nord in Tierfehd in Betrieb genommen werden. Der Bau der Anlage, welche die Speicherkapazität in Tierfehd mehr als verdoppelt, dauerte rund drei Jahre.

Zudem konnte der erste der beiden Druckschächte ausgebrochen werden, welche eine Länge von 1030 m aufweisen und die Maschinenkaverne auf 1700 m ü. M. mit dem Muttsee auf 2500 m ü. M. verbinden sollen. Beim Ausbruch kam es zu einer Verzögerung von rund sechs Monaten, diese soll aber nach Angaben der Axpo bis zum Ende der Bauzeit kompensiert werden können.

Ende September wurden auch die Betonierarbeiten für den ersten Block der Staumauer auf der Muttentalp in Angriff genommen. Zuvor wurden an diesem Standort Baupisten präpariert und die Förderanlagen sowie Kiesaufbereitungs- und Betonanlagen aufgebaut.

Insgesamt liegen die Arbeiten auf Kurs, wie die Axpo mitteilt. Der Konzern hält an der für Ende 2015 geplanten Inbetriebnahme der ersten Maschinen- gruppe des neuen Pumpspeicherwerks Limmern fest.

Die Arbeiten an der neuen Anlage mit einer geplanten Leistung von 1450 MW scheinen dabei auf grosses Interesse zu stossen. So konnte bei den Baustellenführungen Ende September der 10 000ste Besucher begrüsst werden. Mn



Gäste der Jubiläumsfeier unterhalten sich bei der neu eröffneten historischen Ausstellung vor der Staumauer.

Grande Dixence feiert 50-Jahr-Jubiläum

Rund 100 geladene Gäste haben am 22. September den 50. Jahrestag der Fertigstellung der Staumauer Grande Dixence begangen. Unter den Feiernden befanden sich Jean-Michel Cina, Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft, Energie und Raumentwicklung des Kantons Wallis, die Gemeindebehörden von Hérémence, Vertreter der Kraftwerksbetreiberin Grande Dixence SA sowie Arbeiter, welche die Staumauer mit gebaut haben. Für die breite Öffentlichkeit fand ein Tag der offenen Tür statt.

Aus Anlass des 50-Jahr-Jubiläums wurde in einem Gebäude, das während der Bauarbeiten als Sanitätsstation diente, eine historische Ausstellung eröffnet. Die Ausstellung beleuchtet vier Haupt-

themen – das Projekt, die Bauarbeiten, das Leben auf der Baustelle und die Veränderungen im Kanton Wallis.

Grand Dixence ist die höchste Staumauer der Welt. Der Bau wurde 1951 begonnen und 1961 vollendet, drei Jahre vor dem ursprünglich geplanten Abschluss. 1965 wurden die Arbeiten an der gesamten Anlage (Stollen, Kraftwerke usw.) abgeschlossen. Im Jahr 1998 folgte die Fertigstellung der Bauarbeiten an der Anlage Cleuson-Dixence, welche die Leistung von 800 auf 2000 MW steigerten.

An der Grande Dixence SA sind Alpiq mit 60% sowie die Industriellen Werke Basel (IWB), die BKW und Axpo mit je 13,33% beteiligt. Mn

KKW Mühleberg wieder am Netz – Beschwerde abgewiesen

Das Kernkraftwerk Mühleberg hat Ende September seinen Betrieb wieder aufgenommen, nachdem die Arbeiten zur Erhöhung des Hochwasserschutzes und die jährliche Revision abgeschlossen wurden. Unter anderem wurden drei weitere Ansaugstutzen für die Kühlwasserentnahme angebracht und eine zusätzliche Einspeiseleitung für die Kühlwasserversorgung des Notstandsystems gebaut.

Auf ein Gesuch von Anwohnern, dem Kraftwerk die Betriebswilligung zu entziehen, ist das Departement für Umwelt, Energie und Kommunikation (UVEK) nicht eingetreten. Für eine Wiedererwägung der Bewilligung gebe es keine ausreichenden Gründe, so das UVEK. Mn

KEV-Fonds unterstützt erstmals Geothermieprojekt

Erstmals erhält ein Geothermieprojekt eine Risikodeckung, die über den Fonds der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) finanziert wird. Die AGEPP SA, eine Gesellschaft aus Gemeinden, Kantonen und Stromversorgern, plant in Lavey-les-Bains (VD) eine Anlage zur Produktion von Strom und Wärme aus geothermischer Energie. 2012 sollen die Bohrungen beginnen. Im Erfolgsfall wird mit einem jährlichen Absatz von 3,5 GWh Elektrizität und 20 GWh Wärme gerechnet.

Falls die für die Stromproduktion nötigen Temperaturen und Wassermengen nicht gefunden werden, übernimmt der KEV-Fonds maximal 8,3 Mio. CHF. Mn

Kriterien für Unabhängigkeit des ENSI-Rates präzisiert

Der Bundesrat hat in der Verordnung über das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat die Ausführungsbestimmungen zur Unabhängigkeit der Mitglieder des ENSI-Rates präzisiert. Die Verordnungsänderung tritt auf 1. November in Kraft. Die Anpassung ist eine Folge des Rücktritts von Peter Hufschmied als Präsident des ENSI-Rates am 24. Juni dieses Jahres.

Der ENSI-Rat ist das Aufsichtsorgan des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorates und besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern, die vom Bundesrat gewählt werden. Ende dieses Jahres steht die Neuwahl des Gremiums für die Periode 2012–2015 an. Mn

Energiepolitik im Kleinen: Immer mehr Energiestädte

In der föderalistischen Schweiz kommt auch den Gemeinden energiepolitische Bedeutung zu. Beliebt ist das Label «Energiestadt».

Wird von der Schweizer Energiepolitik gesprochen, ist meist von der Politik des Bundes die Rede. Ein Grossteil der politischen Massnahmen spielt sich aber auf kantonaler und kommunaler Ebene ab. Bei den Kantonen nehmen dabei die Vorschriften im Gebäudebereich und der Einfluss über die Eigentümerschaft an Elektrizitätsunternehmen eine zentrale Rolle ein. Auf kommunaler Stufe wieder-

um existiert ein breiter Strauss an Massnahmen.

3,5 Mio. Bewohner von zertifizierten Gemeinden

Besonderer Beliebtheit erfreut sich bei Gemeinden, welche sich für eine nachhaltige Energiepolitik einsetzen, das Label «Energiestadt». So erhielten in den vergangenen zwölf Monaten 41 neue Ge-

meinden diese Auszeichnung, weitere 37 wurden rezertifiziert (Periode Ende September – Ende September). Damit tragen in der Schweiz inzwischen 262 Gemeinden mit insgesamt über 3,5 Mio. Einwohnern den Titel «Energiestadt».

Eigene KEV-Fördermodelle

Um das Label zu erhalten, müssen die Kandidaten von ihnen gewählte Massnahmen aus einem Katalog umsetzen und damit eine Mindestpunktzahl erreichen. Als Beispiel sei Gossau im Kanton St. Gallen erwähnt. Diese Energiestadt hat ein eigenes Förderprogramm für neue erneuerbare Energien lanciert, das demjenigen der nationalen KEV entspricht. Zudem hat Gossau den von Energiestädten entwickelten Gebäudestandard für öffentliche Bauten für die kommunalen Neubauten verbindlich erklärt und einen Sanierungsplan für sechs städtische Liegenschaften erstellt. Ein weiteres, gemeindeübergreifendes Projekt will ein Energienetz zur Wärmeversorgung im Industrieraum Gossau-St. Gallen aufbauen.

Gemäss Angaben von EnergieSchweiz für die Gemeinden haben die Energiestädte im Jahr 2010 insgesamt 415 Mio. t an Brenn- und Treibstoff sowie 98 Mio. kWh Strom eingespart und damit Emissionen von 106 000 t CO₂ vermieden. N. Mäder



Auszeichnung: Vertreter von neuen und rezertifizierten Energiestädten mit ihren Urkunden.

Braucht grüner Strom ein Marketing?

Fast alle Elektrizitätsunternehmen vermarkten Strom speziell aus erneuerbaren Quellen. Die Förderabgabe könnte dieses Marktsegment beeinträchtigen.

Auf den ersten Blick scheint die Frage müssig: Um Konsumenten zum Kauf eines teuren Produkts zu bewegen, müssen sich Unternehmen marketingmässig bemühen. Das gilt umso mehr, wenn es sich um ein Produkt wie Ökostrom handelt, dessen höherer Preis den Verbrauchern keinen direkten Nutzen bringt. Und in der Schweizer Werbelandschaft finden sich tatsächlich etliche Beispiele von Kampagnen für «grünen Strom».

Kaum Fukushima-Effekt

Ändert man aber den Fokus der Frage, so gewinnt sie an Brisanz. Der Schweizer Stromkonsument leistet mit seiner Elektrizitätsrechnung bereits eine Zwangs-

abgabe – die KEV – zugunsten der neuen erneuerbaren Energie. «Droht eine Ausweitung der KEV den Kauf von erneuerbaren Stromprodukten zu hemmen?», wie EWZ-Energievertriebschef Romeo Deplazes Anfang Oktober an der Green-Power-Marketing-Konferenz fragte. Es bestehe die Gefahr, dass die Konsumenten die Förderung neuer erneuerbarer Energie als Staatsaufgabe auffassen und sich persönlich weniger engagieren.

Das Engagement hat jedenfalls nach der Nuklearkatastrophe nicht zugenommen. «Es gab einen sehr kleinen Fukushima-Effekt, der einige Wochen anhielt, nun aber vorbei ist», erzählte Deplazes. Strom kämpft eben – Atomausstiegsdebatte hin oder her – weiterhin damit, ein «Low-Involvement-Produkt» zu sein. Dies vereinfacht das Marketing nicht.

Der deutsche Energieversorger Entega versucht darum mit Aktionen Aufmerksamkeit zu erregen. So organisierte er

letztes Jahr eine «Demonstration» von Schneemännern auf dem Berliner Schlossplatz. Diese trugen Schilder wie «Rettet mich!» und machten so auf den Klimawandel aufmerksam. «Allein ein grünes Produkt anzubieten, ist kein Differenzierungsmerkmal mehr», mahnte Entega-Geschäftsführerin Cordelia Müller. Ein Energieversorger müsse in seinem Engagement glaubwürdig wirken und es laufend weiterentwickeln.

Je entfernter, je schwieriger

Besonders schwierig zu erklären sind Investitionen ausserhalb des eigenen Absatzgebiets, wie die Green-Power-Marketing-Konferenz zeigte. Dabei können gerade diese Engagements ökologisch Sinn machen, etwa weil die Sonne in Spanien intensiver scheint als in der Schweiz. Öffentlichkeitsarbeit für grünen Strom bleibt demnach ein weites Betätigungsfeld. Niklaus Mäder

Deutsche zahlen nächstes Jahr 14 Mrd. € für Ökostrom

Im kommenden Jahr werden die deutschen Stromverbraucher die erneuerbaren Energien mit 3,592 ct/kWh subventionieren. Dies teilt der deutsche Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft mit. Im laufenden Jahr liegt die Förderabgabe gemäss Erneuerbare-Energien-Gesetz bei 3,53 ct/kWh. Insgesamt werden die Stromkunden 2012 für die Förderung von Ökostrom voraussichtlich über 14,1 Mrd. € bezahlen müssen. 2010 lag der Betrag noch bei 8,2 Mrd. €. Mn

Giovanni Leonardi tritt als CEO von Alpiq zurück

Giovanni Leonardi hat sich entschieden, per sofort von seiner Funktion als CEO von Alpiq zurückzutreten, wie der Energiekonzern am 30. September mitteilte. Verwaltungsratspräsident Hans E. Schweickardt übernimmt den Vorsitz der Geschäftsleitung ad interim. Verwaltungsrats-Vizepräsident Christian Waner wurde für die Übergangszeit zum Lead Director bestimmt. Mn

Wechsel in der Geschäftsleitung der EKZ

Der Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) hat am 26. September Stefan Preisig in seine Geschäftsleitung gewählt. Auf Anfang März übernimmt Preisig die Führung des Bereichs EKZ Eltop. Dessen bisheriger Leiter, Walter Meyer, gibt seine Funktion aus gesundheitlichen Gründen auf. Mn

Öffentliches Umtauschangebot für die BKW-Aktionäre

Um eine Holdingstruktur einzuführen, unterbreitet die BKW ihren Aktionären ein öffentliches Umtauschangebot. Dabei können die Namenaktien der BKW FMB Energie AG im Verhältnis 1:1 gegen Aktien der BKW AG eingetauscht werden. Die BKW verspricht sich von der neuen Holdingstruktur, flexibler auf Marktanforderungen und Regulierungen reagieren zu können. Mn

EGL wird in den baltischen Staaten aktiv

Die EGL Nordic hat eine Filiale in Estland eröffnet. Künftig will das Unternehmen in Estland und Litauen auf den Grosshandelsmärkten tätig sein und zudem bilateral mit Marktteilnehmern wie Industriekunden und Stromproduzenten und -verteilern Geschäftsbeziehungen eingehen. Mn

Atomausstieg des Ständerates: Gemischte Reaktionen

Die Wirtschaft hat gemischt auf den Entscheid des Ständerats vom 28. September reagiert, wie der Nationalrat grundsätzlich aus der Kernenergie aussteigen zu wollen.

Der Dachverband Economiesuisse unterstützt das Begehren der kleinen Kammer nach einer Gesamtenergiestrategie. Eine solche muss nach Ansicht von Economiesuisse unter anderem die Folgen eines Atomausstiegs auf die Versorgungssicherheit, die Wirtschaft, die Unabhängigkeit der Schweiz und auf die Umwelt aufzeigen. Ebenfalls begrüsst der Wirtschaftsdachverband die Forderung des Ständerates, mit Blick auf künftige Ent-

wicklungen im Nuklearbereich auf ein Technologieverbot zu verzichten, kritisiert es jedoch als widersprüchlich, gleichzeitig ein Verbot für Kernkraftwerke für alle Zeiten anzustreben.

Der VSE begrüsst, dass sich auch der Ständerat gegen ein vorzeitiges Abschalten der bestehenden Kernkraftwerke aus politischen Gründen ausgesprochen hat. Dies verlängert den Zeitraum für die Suche nach einer Lösung für die absehbare Versorgungslücke. Gleichzeitig verlangt der VSE, dass das Volk das letzte Wort über die Ausrichtung der künftigen schweizerischen Energiepolitik haben muss. Mn



Beratungen des Ständerats in der Herbstsession 2011. Die kleine Kammer tagte wegen Renovationsarbeiten nicht im üblichen Ratssaal.

Mehr Transparenz über Stromherkunft

Am 1. Oktober ist die revidierte Herkunftsnachweisverordnung in Kraft getreten. Diese verlangt, dass ab 2013 die Nachweise über die Herkunft und die Qualität des Stroms für die gesamte schweizerische Produktion aus Anlagen mit einer Leistung von mehr als 30 kW erbracht werden.

Damit wird nahezu die gesamte schweizerische Stromproduktion zertifizierungspflichtig. Im Jahr 2010 waren 40% der schweizerischen Gesamtproduktion zertifiziert.

Zudem muss ab 2013 der gelieferte Strommix auf jeder Rechnung des Endverbrauchers ausgewiesen werden.

Die zentrale Datenbank für Schweizer Herkunftsnachweise wird von der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid geführt, welche seit 2007 die entsprechende akkreditierte Zertifizierungsstelle ist. Die von den Kraftwerksbetreibern gelieferten Produktionsdaten werden dabei von einer unabhängigen Stelle überprüft.

Die Schweiz setzt mit der revidierten Herkunftsnachweisverordnung weitgehend alle im Auftrag der europäischen Kommission erarbeiteten Empfehlungen um, welche die volle Transparenz über den europäischen Strommix zum Ziel haben. Mn